



Aufruf der Deutschen Kommunistischen Partei zum 1. Mai 2006

Solidarität ist unsere Kraft - Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Im Vorfeld des 1. Mai 2006 wurde ein wichtiger Erfolg im Kampf gegen die europaweite Agenda-Politik durchgesetzt. Gewerkschaften, Linksparteien, Schüler- und Studenten zwangen die französische Regierung, die Aufhebung des Kündigungsschutzes für Berufsanfänger zurückzunehmen. Bereits Anfang des Jahres verhinderten die Hafenarbeiter zum zweiten Mal durch ihren europaweit koordinierten Kampf, dass die "Port Package"-Richtlinie im EU-Parlament beschlossen werden konnte. Dies sicherte Tausende Arbeitsplätze, soziale Leistungen und Standards in den Häfen und für Seeleute.

Es bewegt sich was in den Ländern der EU und auch in der Bundesrepublik Deutschland.

- Bei Gate Gourmet auf dem Düsseldorfer Flughafen, bei AEG in Nürnberg, bei CNH in Berlin erlebten und erleben wir Kämpfe von Belegschaften, die ohne Wenn und Aber ihre Arbeitsplätze verteidigen.
- ver.di-Mitglieder im öffentlichen Dienst und im Gesundheitswesen kämpfen seit Wochen gegen Arbeitszeitverlängerung, für die Sicherung von Reallöhnen.
- Die Tarifforderungen der IG Metall für die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie mobilisieren Belegschaften in Warnstreiks gegen die Provokationen der Unternehmer.

Es sind vorwiegend Abwehrkämpfe, bei denen es darum geht, der neoliberalen Strategie des Kapitals und Kabinetts zu weiterem Abbau von sozialen und demokratischen Rechten, zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und Standorten ein deutliches Stoppsignal entgegen zu setzen.

Frankreich beweist: Widerstand lohnt sich! Erfolg ist möglich, wenn es gelingt, breite gesellschaftliche Allianzen zwischen Belegschaften, ihren Gewerkschaften, Studentinnen und Studenten sowie der Schülerbewegung zu schaffen, die von linken Parteien und Organisationen unterstützt werden.

Auch der notwendige Politikwechsel in der Bundesrepublik wird durch außerparlamentarischen Kampf und konsequente Kampfformen möglich. Die DKP unterstützt ohne Wenn und Aber alle, die nicht mehr bereit sind, Sozialabbau und die umfassende Rechtsentwicklung widerstandslos hinzunehmen. Der 1. Mai bleibt ein Kampftag der Arbeiterbewegung für eine andere Politik.

Aber nicht nur Sozialabbau und zunehmende Armut bedrohen die Völker. Die aktuelle Zuspitzung der Situation im Nahen Osten bedroht den Frieden ganz außerordentlich. Die US-Regierung ist ganz offensichtlich im Dienste des transnationalen Kapitals nach wie vor bereit, Atomwaffen in einem möglichen Krieg einzusetzen. Krieg im Iran, noch dazu mit Massenvernichtungswaffen wäre eine Katastrophe. Auch Israel besitzt Atomwaffen. Die Gefahr ist unübersehbar, dass hier ein militärischer Konflikt entsteht, der nicht begrenzbare ist und die ganze Region in Flammen setzt. Ein Krieg im Nahen und Mittleren Osten kann auch für Europa und für die ganze Welt weitreichende Folgen haben.

Wir fordern: Krieg darf kein Mittel zur Konfliktlösung sein! Notwendiger denn je ist, atomwaffenfreie Zonen und eine totale Abrüstung aller Massenvernichtungswaffen durchzusetzen. Wir fordern die Beendigung des Krieges durch die USA und ihre Verbündeten im Irak. Von der Bundesregierung erwarten wir, dass sie öffentlich Position gegen neue Kriege im Iran und anderswo bezieht.

Die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen in unserem Land zeigen immer deutlicher, dass der politische Zug auch von der Großen Koalition weiter in die falsche Richtung gelenkt wird: Ein Richtungswechsel ist dringend nötig.

Wir fordern:

- Kürzung des Rüstungshaushaltes um zunächst zehn Prozent. Rückzug aller im Ausland stationierten Bundeswehrsoldaten. Aufhebung der Verteidigungspolitischen Richtlinien.
- Als erste Schritte zum Abbau von Arbeitslosigkeit und Armut in unserem Land muss ein Beschäftigungsprogramm her, das vor allem finanziert wird durch einen Umbau des Steuersystems zu Lasten der Reichen, Kürzung des Rüstungshaushaltes, die Streichung von Subventionen für das Kapital.
- Durch Arbeitszeitverkürzung in jedweder Form müssen Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden. Arbeitszeitverkürzung ist längst "verdient" durch die hohe Produktivität der Arbeit.
- Reallöhne, Gehälter, soziale Leistungen, Arbeitslosengeld, Renten sind zu erhöhen. Mehr Massenkaukraft - das schafft und sichert Arbeitsplätze.

Kontakt: DKP Bonn / Rhein-Sieg, Postfach 7284, 53072 Bonn

www.dkp-bonn.de

V.i.S.d.P.: R. Koppe, Postfach 7284, 53072 Bonn